

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rede von Prof. Dr. Helmut Ridder anlässlich der Abschlußkundgebung des Sternmarsches gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai 1968 in Bonn

Liebe Freunde, Kollegen und Mitbürger! Meine Damen und Herren!

Die Stadt, in der wir aus allen Teilen der Bundesrepublik heute zusammengekommen sind, hat dem Staat, in dem wir leben, ihren Namen gegeben: „Bonn“ heißt vielen dieser Staat — und man beeilt sich hinzuzufügen: „Bonn ist nicht Weimar“. Das walte Gott, fügen wir hinzu — sonst sähe es schlimm aus, sonst schrieben wir 1932.

Wir Deutschen — die nicht so zahlreichen Helden und Märtyrer des Widerstands gegen unmenschliche Herrschaft, die gar nicht heldenhaften Schweyks, zu denen ich selbst damals als Schüler und Student gehörte, das Heer der gedankenlosen Mitläufer und selbst die ernüchterten kleinen aktiven Mithelfer der Nazis — wir alle, die wir überlebt hatten, wir wollten 1945 wirklich aus der Geschichte lernen und einen demokratischen deutschen Rechtsstaat aufbauen. Ich will und kann hier nicht wiederholen, warum das so schmachlich gescheitert ist. Es gibt gute Bücher über dieses Stück der deutschen Zeitgeschichte, die erklären, warum eine Nation mit ungereinigtem Gewissen das nicht konnte (der junge Kollege Stoltenberg von der Historikerzunft ist wegen seiner berufsfernen Tätigkeit wahrscheinlich nicht zur Lektüre gekommen). Ich will hier nur das Signum „Bonn“ über unserem Sternmarsch verdeutlichen: Diese Stadt, deren Bürger nicht besser und nicht schlechter sind als alle anderen Bürger dieses Landes, hat sich der aus dem politischen Scheintod erwachte rheinische Politiker der ersten Stunde zur Hauptstadt seines westdeutschen Teilstaats erkoren und mit wenig pingeligen Methoden und dem goldenen Segen seiner atlantischen Freunde dazu gemacht. In dieser Stadt hat der Repräsentant vordemokratischer Großväterpolitik seine mehreren unskrupulösen Kanzlerschaften ausgeübt. Er brauchte nur Rapallo zu sagen, dann waren seine alten Partei„freunde“ aus dem Zentrum von Weimar mattgesetzt; er brauchte den Sozialdemokraten nur Röte anzuhängen, dann hatten sie das Nachsehen. In dieser Stadt ist an jeder Wegegabel in der Entwicklung der Bundesrepublik der Kurs bestimmt worden — auf Wiederaufbau der alten wirtschaftlichen Machtpositionen statt auf Grundlegung demokratischer Gesellschaftsverhältnisse, auf Remilitarisierung statt auf Pazifizierung, notfalls auch auf Kulturkampf statt auf demokratische Bildungspolitik, schlechthin auf Restauration statt auf Neuaufbau! In dieser Stadt ist im Dezember 1966 nach dem Abgang seines bedeutungslosen Nachfolgers die Ära Adenauers, in der es noch ein irgendwie nennenswertes parlamentarisches Kräftespiel gab, definitiv zu Ende gegangen. In dieser Stadt hat damals mit der Regierung der Großen Koalition, die einer kleinen Partei die ihre Kräfte übersteigende unanständige Feigenblattfunktion der Opposition zumutet, der Notstandsstaat bereits begonnen, die massive Ablösung der parlamentarischen Demokratie auch im Erscheinungsbild der Regierung, der Ausnahmezustand des Parlamentarismus. In dieser Stadt treibt das notstandsstaatliche Regime mit der „Notstandsverfassung“ auf seine — für die Verewigung des Notstandsstaats gewiß unentbehrliche — normative Zementierung hin. Und in dieser Stadt demonstrieren wir heute den unbeugsamen

Abwehrwillen der aktivsten Teile der Bürgerschaft unseres Landes nicht nur gegen diesen Versuch.

Man nennt uns „außerparlamentarische Opposition“; damit läßt sich das Draußen-vor-der-Tür-Stehen so bühlenwirksam und schadenfroh assoziieren. Wir seien sogar „antiparlamentarisch“ und damit verfassungsfeindlich. Nun, wo sich der Antiparlamentarismus schon seit Jahren eingenistet hat, das läßt sich sehr einfach feststellen, wenn man sich mit dem Inhalt der Notstandsgesetzgebung vertraut macht und sich das Verfahren vergegenwärtigt, mit dem diese wie andere Gesetze parlamentarisch und extra-parlamentarisch behandelt werden. Kann man sich darüber wundern, daß manchen die Galle antiparlamentarisch überläuft, wenn es Abstimmungen über Gesetzestexte gibt, die den Abgeordneten eine halbe Stunde vor ihrer konkreten Degradierung zur Abstimmungsmaschine in die Hand gedrückt worden sind? Wenn durch „Formulierungshilfen“ der Bundesregierung faktisch neue Gesetzentwürfe unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die die Voraussetzung dafür ist, daß Abgeordnete in der Demokratie ein „freies Mandat“ ausüben dürfen, ins Parlament geschmuggelt werden und das Parlament sich diese „Hilfe“ nicht mit Entschiedenheit verbittet?

Die Hilfswilligkeit der Bundesregierung ist wahrhaft überwältigend. Unlängst offerierte ein Bundesminister der Wissenschaft in einer aktuellen Frage „Orientierungshilfe“. Bei Orwell heißt die Geheime Staatspolizei „Liebesministerium“, bei den Nazis machte der Lügenminister „Volksaufklärung“, im Bonner Notstandsstaat heißt die Kastration des Parlaments „Formulierungshilfe“. Das ließe sich beliebig fortsetzen. Beschränken wir uns auf das ungeheuerlichste Beispiel aus dem Inhalt der „Notstandsverfassung“: Sie soll jetzt also ein „Widerstandsrecht“ enthalten. Man kann darüber streiten, ob das in Jahrhunderten abendländischer Zivilisation gereifte Recht zum Widerstand gegen unrechtmäßig ausgeübte Staatsgewalt zu einem juristisch brauchbaren Grundrecht gemacht werden kann. Aber über seinen Träger — herrschaftsunterworfenen Menschen — hat es nie einen Streit gegeben. In den Ausschüssen des Deutschen Bundestags freilich wird es auf höhere Eingebung als Recht der Staatsgewalt selbst konstruiert, auf deren Seite sich die Untertanen gegen ihre Mitbürger schlagen dürfen. Mit dem Spielmaterial „Widerstandsrecht“ hat man SPD-Abgeordnete beschäftigt, während sie von ihrer Partei- und Fraktionsführung eingeseift wurden, und das Produkt ist die Umtaufe der unheiligen Allianz von knüppelnder Staatsgewalt und Bild-Zeitungs-Mob zum „Widerstandsrecht“! Wir, die hier demonstrierende akademische und Arbeiterjugend, Gewerkschafter, Professoren, Schriftsteller und Publizisten, wir sind nichts anderes als die nicht aufzuhaltende demokratische Neubildung der von der sog. Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und den ihr und bestimmten Profitinteressen hörigen Teilen der Presse zerstörten öffentlichen Meinung. Wir sind eine demokratische Erneuerungsbewegung, die in legitimer Weise gesellschaftliche Macht entfaltet. Es ist eine bare Selbstverständlichkeit, daß diese Bewegung nicht aufhört, wenn der Bundestag, wie auch immer, über die „Notstandsverfassung“ entschieden hat. Sie wird in neuen, der jeweiligen Situation angepaßten Formen gegen undemokratische und undemokratisch ausgeübte Staatsgewalt Widerstand leisten. Carl v. Ossietzky sagte 1933: „Wird nicht sofort und bedingungslos der Weg zur Verfassung wieder angetreten, so wird die außerparlamentarische Regierungsweise von oben mit außerparlamentarischen Abwehrmaßnahmen von unten beantwortet werden. Denn es gibt auch ein Notrecht des Volkes gegen abenteuerlich experimentierende Obrigkeiten.“ Dem Deutschen Bundestag, der kein Reichstag von 1933 ist, steht immer

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

noch der Rückweg zum Parlamentarismus offen. Wir fordern ihn auf, diesen Rückweg zu beschreiten. Wir sind keine vor der Kröll-Oper marschierende SA, die den Gegnern der Ermächtigungsgesetzgebung den Schädel einschlagen will. Wir wollen, daß zum mindesten erst einmal Licht und Luft in das Geheimverfahren gebracht wird, damit die Volksvertretung erfaßt, worum es eigentlich geht. Wir werden denjenigen nicht auf den Leim gehen — wer es täte, gehörte nicht zu uns —, die sich eine Popularisierung der Notstandsverfassung durch etwa heute provozierte Gewalttätigkeit erhoffen. Wir verwechseln den mangels äußerer Bewegungsfreiheit zunächst nach innen schlagenden Imperialismus des Notstandsstaates nicht mit dem Naziregime, wenn er auch mit dem sog. Rechtsradikalismus als Buhmann und zugleich als Magnet spielt. Wir wissen, daß der Springer von heute kein Hugenberg von gestern ist; wir wissen aber auch, daß der Hugenberg von gestern sich heute nach Möglichkeit den Lohn für Demokratiezerstörung nicht von den sog. Rechtsradikalen abnehmen oder ablösen lassen möchte. Wir wissen aus der Geschichte des deutschen Imperialismus nach außen und nach innen, daß die Torheit seiner Gegner sein bester Verbündeter ist. Er braucht eine Emser Depesche, ein Serajewo, einen Reichstagsbrand, ein Gleiwitz: Wir zünden keinen Reichstag an!

Hier und jetzt fordern wir die Absetzung der Lesung einer „Notstandsverfassung“, die die Bundeswehr zur Bürgerkriegstruppe macht, die von der ohnehin bescheidenen Souveränität der Bundesrepublik nichts mehr übrig läßt, indem sie rigoroseste Eingriffe blind an die Beschlüsse von NATO-Organen bindet und zugunsten fremder Truppen die Arbeitsfreiheit ihres deutschen Personals beseitigt, die Putschvorhaben à la Griechenland legalisiert, die mit einer ehrlichen Entspannungspolitik unvereinbar ist, die unvereinbar ist selbst mit den von der SPD aufgestellten Minimalbedingungen, die durch und durch vom antiparlamentarischen Gift des Mob-Bürokratismus zerfressen ist. Wir fordern die Abgeordneten, die außer zwei Fingerhut von persönlichem Ehrgeiz keine etablierten Interessen vertreten, auf, sich endlich über die Interessen- und Machtlage klar zu werden, die durch die „Notstandsverfassung“ verfestigt würde. Wir fordern sie auf, nicht mehr mit Mätzchen und dem Feilschen um den Einbau weiterer Gremien von politischen Routiniers in die Notstandsverfassung um den heißen Brei herumzuschleichen. Wir fordern sie auf, mit uns zusammen aus der Geschichte zu lernen, daß dieses Land, wenn es nicht endlich Demokratie wird, immer von neuem sich und die Mitwelt in den Abgrund reißen wird.